

■ Was hat der Bundespräsident verschwiegen?

Viktor Savinok

Dem deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier kann man nur schwer eine gewisse Vorliebe für hochtrabende Phrasen absprechen. Neuerdings betreffen sie auch die Ukraine. So forderte Steinmeier nach seiner Wiederwahl zum deutschen Staatsoberhaupt am 13. Februar d.J. den russischen Präsidenten auf, „der Ukraine das Joch vom Hals zu nehmen“. Am 4. April bezeichnete er bei einem Gespräch mit Journalisten seine Position zur Gaspipeline Nord Stream 2 als Fehlentscheidung.



Redaktion:
David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Nr. 8.2022
10.11.22

Die „Kommentare aus dem Westinstitut“ sind auch verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Die „Kommentare“ geben nur die Meinung ihres Verfassers und nicht des Instituts wieder.

Am 28. Oktober hielt der Bundespräsident kurz nach seiner Rückkehr aus der Ukraine eine Rede vor Repräsentanten der Deutschen Nationalstiftung, die auch als wichtiger Appell an das deutsche Volk galt. Deswegen wäre es notwendig, auch diese seine Rede genauer in Betracht zu ziehen.

Zu Beginn muss man anmerken, dass der Bundespräsident in seiner Einschätzung der Lage in Deutschland und Europa den durch Bundeskanzler Scholz vorgeschlagenen Begriff „Zeitenwende“ fast ganz vermied. Stattdessen nutzte er das Wort „Epochenbruch“, was wahrscheinlich die Plötzlichkeit und Tiefe der Veränderungen, die Deutschland und ganz Europa erleben, betonen sollte.

In der Presse wurden die positiven Aspekte dieser Rede bereits hervorgehoben. Das betrifft beispielsweise die Aussagen darüber, dass Deutschland von einer auf zwischenstaatlichen Verbindungen und Regeltreue basierten Weltordnung profitierte, dass die russische Aggression diese Ordnung brutal brach, dass die Unterstützung für die Ukraine fortgesetzt werden muss, weil die russische Besatzung eine „Schreckensherrschaft“ bedeutet, dass man einen gerechten Frieden erzielen will und dass die deutsche Gesellschaft angesichts der Krise geeint sein muss.

Dieser positive Eindruck wäre hingegen unvollständig ohne Reflexionen darüber, was der Rede des Bundespräsidenten offenbar fehlte.

Erstens ist es bekannt, dass Reden nicht aus dem Nichts in die Öffentlichkeit treten: Jemand hält sie, so dass es schwierig ist, die Rede von der Figur des Redners zu trennen. Das gilt auch für Steinmeier. Denn ausgerechnet jener Politiker, der diese Geschichte jahrzehntelang mitgestaltet hat, zusammen mit anderen Persönlichkeiten, allen voran Altkanzler Schröder (SPD) und Merkel (CDU), forderte am 28. Oktober die Deutschen auf, aus der Geschichte zu lernen.

Lassen wir uns also in diesem Zusammenhang nur einige Seiten der politischen Biografie vom Präsidenten Steinmeier in Erinnerung rufen.

1. Anfang 2008: Auf eine Rede des damaligen russischen Präsidenten Medwedew reagierte Steinmeier mit der Initiative einer „Modernisierungspartnerschaft“ zwischen Deutschland und Russland. Auch nach dem russischen Angriff auf Georgien im August desselben Jahres ließ die Initiative nicht nach. Darüber hinaus beharrte Steinmeier in seinen Reden auf der Notwendigkeit, die deutsch-russische „Modernisierungspartnerschaft“ in eine Initiative der gesamten Europäischen Union zu verwandeln.
2. 2013-2017: Außenminister Steinmeier vertrat konsequent die Meinung, ein Dialog mit Russland sei notwendig, um globale (etwa Klima-) und regionale (Iran-, Syrien-, Libyen- etc.) Krisen zu lösen, und warnte vor einem „neuen kalten Krieg“ und einer „Entfremdung“ zwischen Deutschland und Russland.

3. Im Februar 2018: Die „große Koalition“ schrieb im Koalitionsvertrag eine der oft wiederholten Maximen Steinmeier fest, dass ein dauerhafter Frieden in Europa ohne Russland nicht erreicht werden könne.

4. Im Januar 2021: Bundespräsident Steinmeier betonte den rein geschäftlichen Charakter der Gaspipeline Nord Stream 2, versicherte, dass ihr Start die Energiesicherheit Europas erhöhen werde, und nannte das Projekt die „letzte Brücke“ zwischen Deutschland und der Russischen Föderation.

Ungeachtet der langen Geschichte seiner bisherigen persönlichen Aussagen zu Russland, die hier nur skizzenhaft aufgeführt werden konnte, vermied der Bundespräsident in seiner Rede jegliche Analyse seiner früheren Standpunkte. Stattdessen bezog er sich ganz auf Erinnerungen an das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung. Dabei wurde die seitdem stattgefundene, mehr als 30 Jahre dauernde Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen nicht in Betracht gezogen oder ausgewertet. Dies kann man sicher verstehen, da das Thema (für Steinmeier, die SPD und viele andere) sicherlich schwierig ist; und dennoch erwartet die deutsche Gesellschaft nach Jahren der kooperativen Politik gegenüber Moskau von ihren Politikern gewisse Erklärungen und Bewertungen des Wandels.

Zweitens führt Steinmeier die Zuhörer (oder Leser) seiner Rede fast direkt von den optimistischen Jahren der deutschen Wiedervereinigung in die Morgenstunden des 24. Februar 2022. Das Datum bezeichnet er als „Wendepunkt“, an dem „das Schachbrett umgeworfen“ worden sei. Dabei entsteht die legitime Frage, warum nämlich diese Kehrtwende ausgerechnet Ende Februar dieses Jahres eintrat. Warum nicht am 8. August 2008, als Georgien durch Russland angegriffen wurde? Warum nicht am 21. Februar 2014, als der deutsche Außenminister Steinmeier im Bunker der Kiewer Präsidentialverwaltung eine Vereinbarung zwischen ukrainischer Opposition und dem damaligen Präsidenten Janukowitsch mitunterschrieb und Russland die Annexion der Krim begann? Warum nicht nach Ausbruch des „Russischen Frühlings“ in der Ostukraine? Warum nicht nach den Chemiewaffenangriffen des von Moskau unterstützten syrischen Regimes? Warum nicht im November 2018 nach der Beschlagnahmung ukrainischer Kriegsschiffe in der Nähe der Seestraße von Kertsch durch die russische Küstenwache? Warum nicht im Frühjahr 2019 nach dem Beginn der massenhaften Vergabe russischer Pässe an die Bevölkerung der besetzten Teile der Ostukraine?

Es ist offenkundig, dass die Russische Föderation „das Schachbrett“ schon vor dem 24. Februar 2022 umwarf, und zwar wiederholt. Es scheint also, dass Steinmeier, der seine Mitbürger regelmäßig dazu aufruft, „die Geschichte nicht zu vergessen“, selbst gerade diese Geschichte sehr selektiv herbeizitiert und unterschlägt, dass gerade die auch von ihm betriebene Politik, welche trotz wiederholter russischer „Schachbrettumdrehungen“ so lange wie möglich die Aufrechterhaltung des Status quo mit Moskau anstrebte, zum jetzigen „Epochenbruch“ beigetragen hat. Denn trotz der Umsetzung der „Krim“- und „Donbas“-Sanktionen betrachtete Deutschland den Kreml weiterhin stets als rationalen Akteur sowie zuverlässigen Partner und

Energielieferanten. Aus Steinmeiers Rede wird also klar, dass er mit seiner Interpretation der Gründe für den „Epochenbruch“ die Analyse der bisherigen Erfahrungen in den Beziehungen zu Moskau de facto für überflüssig hält.

Somit ist es kein Wunder, dass seiner Rede bis auf die Aussage über die Unzulässigkeit der Abhängigkeit von einem Regime, das „Energie als Waffe einsetzt“, jegliche Zukunftsvision einer deutschen Russlandpolitik fehlt. Insbesondere blieb die wichtige Frage offen, ob Deutschland die Russische Föderation langfristig als Bedrohung ansieht oder nicht - und wenn ja, wie Berlin auf die Bedrohung zu reagieren vermag. Dadurch entfiel aber auch ein wichtiges Signal nicht nur an die Russische Föderation, sondern auch und gerade an die Partner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa (Steinmeier erwähnte nur die an östlichen Alliierten gerichteten Zusagen über das „Bundeswehr-Sondervermögen“ und allgemeine Zusicherungen zum Schutz der Ostflanke der NATO). Stattdessen wurden Berlins Partner, vor allem in der Ukraine und in Mittel- und Osteuropa, erneut über die deutschen Absichten gegenüber Russland im Unklaren gelassen und sind wieder einmal gezwungen, sich mit der Möglichkeit einer erneuten Einigung zwischen Berlin und Moskau „über ihre Köpfe hinweg“ abzufinden. Dies erscheint umso bedauerlicher, wenn man bedenkt, dass die Führungsstrategie Deutschlands vielfach auf Bildung von „Koalitionen der Willigen“ setzt.

Drittens vermied Steinmeier trotz Schilderungen der Schrecken der russischen Aggression und des Leidens der ukrainischen Zivilbevölkerung, trotz Zusicherungen von Unterstützung, „solange es notwendig sein wird“, und trotz der Bewunderung für den heldenhaften Kampf der Ukrainer eine Reihe klarer Signale an die Ukraine. Dies ist umso bedauerlicher, weil Steinmeier umfangreiche Unterstützung in der „breiten Mitte“ des deutschen politischen Spektrums genießt. Immerhin wurde er im Februar sowohl durch die Regierungskoalition (SPD, Grüne und Freie Demokraten) als auch durch die oppositionellen Christdemokraten für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Daher hätte er wenigstens seine Visionen zu jenen Aspekten der „ukrainischen Frage“ äußern können, die sowohl in seiner Partei als auch in der Regierung und in der Gesellschaft insgesamt diskutiert werden.

Dies gilt insbesondere für solche Aspekte wie:

1. Rüstungslieferungen an die Ukraine: Die Debatte zu diesem Thema ist seit dem 24. Februar ungebrochen, und die Ansätze reichen von „Deutschland kann mehr tun“ und „Deutschland tut genug“ bis hin zu „‘Mehr‘ bedeutete die ‚Kannibalisierung‘ der eigenen Truppe“ sowie „die Waffenlieferungen tragen nur zur Eskalation bei und müssen daher sofort gestoppt werden“. Steinmeier vermied eine klare Äußerung zu Waffenlieferungen an die Ukraine; er versprach nur eine „Fortsetzung“ der Militärhilfe, erklärte aber seinen Mitbürgern keineswegs die Gründe der Entscheidung bezüglich der Rüstungshilfen an die Ukraine. Es ist daher eher aussichtslos zu erwarten, dass Steinmeier die Autorität seiner Position sowie seine Unterstützung durch die „breite politische Mitte“ dafür einsetzt, um eine

klare Position bezüglich der Lieferung von westlichen Panzern an die Ukraine zu beziehen, zudem Bundeskanzler Scholz keine „Alleingänge“ unternehmen möchte.

2. Einschätzung der politischen Lage bezüglich der russischen Aggression: Obwohl Steinmeier erklärte, Putin führe einen Angriffskrieg gegen die Ukraine, vermied er einen Appell an Russland, die Aggression einzustellen und die Besatzungstruppen aus der Ukraine abzuziehen, und unterließ es auch, die von Russland Ende September inszenierten Pseudo-Referenden in den besetzten ukrainischen Gebieten zu verurteilen. Sicherlich hätten solche Aufrufe für den russischen Diktator keine praktische Bedeutung; sie wären jedoch ein wichtiges Signal, das der ukrainischen Seite und den deutschen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa eine Vorstellung davon geben würde, wie Berlin das Kriegsende und seinen eigenen Platz in der Regelung des Konflikts betrachtet. Stattdessen vermied Steinmeier in seiner Rede auch die Einschätzung der Notwendigkeit von Verhandlungen mit der russischen Seite zum jetzigen Zeitpunkt und beschränkte sich auf die allgemeine Formulierung, guter Wille reiche im Angesicht des Bösen nicht aus. Dies vermag aber kaum, der deutschen Gesellschaft ein Verständnis für die Ziele der deutschen politischen Führung in Sachen der Ukraine- und Russlandpolitik zu vermitteln. [An dieser Stelle sollte man auch erwähnen, dass Steinmeier in einem Interview für die ARD-Sendung „Berlin direkt“ am 6. November 2022 feststelle, man habe „keine Anfassers“, um mit Russland die Verhandlungen über einen Waffenstillstand zu führen. In der Sendung verurteilte er darüber hinaus auch den durch Russland vorgenommenen „Landraub“ der ukrainischen Territorien und wies darauf hin, dass in der Frage der Aufnahme von Verhandlungen mit Russland die Entscheidung bei der ukrainischen Seite liege].

3. Steinmeier konkretisierte ebenfalls kaum die Bedeutung seiner Aussage zu „einem gerechten Frieden“ für die Ukraine. Er wies zwar darauf hin, dass „die Ukraine ihre Unabhängigkeit und Freiheit bewahren muss“, übersah aber den für die ukrainische Seite zentralen Aspekt, inwieweit Freiheit und Unabhängigkeit auch die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität des ukrainischen Staates bedeuten. Zudem hielt Steinmeier die von Bundeskanzler Scholz mehrmals wiederholte These, dass die Ukrainer über den Frieden mit Russland selbst entscheiden müssen und dass Deutschland am Grundsatz „Nichts über die Ukraine ohne Ukraine“ festhalten werde, offenbar für zweitrangig.

4. Die europäische Zukunft der Ukraine: Trotz aller Unterstützungs- und Solidaritätsbekundungen mit Kiew vermied Steinmeier klare Aussagen zur Frage der Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union angesichts des im Juni erworbenen Kandidatenstatus. Dies befindet sich im Widerspruch zu Bundeskanzler Scholz, der am 25. Oktober klar machte, die Ukraine werde in die EU eintreten. Es lässt sich nur erahnen, was den Staatschef an einer entsprechenden Äußerung hinderte. Aber tatsächlich blieb die ukrainische Seite bislang ohne ein klares Signal seitens des deutschen Staatsoberhauptes zum Thema ihrer EU-Mitgliedschaft, die deutsche Gesellschaft ohne eine Antwort auf die

Frage, wieso die Anerkennung der Ukraine und der Republik Moldau als EU-Beitrittskandidaten notwendig war und ob sie in Zukunft eine Mitgliedschaft bedeutet, und die EU-Verbündeten ohne eine politische Zukunftsvision jenes Staats, der eine Führungsrolle in Europa beansprucht.

5. Denn fünftens erklärte Steinmeier den Willen und die Fähigkeit Deutschlands, in Europa eine Führungsrolle zu übernehmen. Berlins Ziel sei es, „Europa zu stärken“, stellte er fest. Doch welche Ziele die deutsche Seite in diesem Fall verteidigt, welche Aufgaben sie zu lösen vorschlägt und mit Hilfe welcher Instrumente - all das erläuterte der Präsident kaum. Auf die Frage, woraus eine deutsche Führung konkret bestehen und wie sie umgesetzt werden soll, gab Steinmeier ebenfalls keine klare Antwort, ebenso wie er es auch vermied, die gesellschaftlich wichtige Frage zu beantworten, warum Europa überhaupt Deutschlands Führung benötigt, wie Soziologen betonen.

6. Sechstens sucht man in Steinmeiers Rede vergeblich nach einem wichtigen Solidaritätszeichen mit der NATO, das etwa darin hätte bestehen können, dass Berlin sich endlich an das „zwei-Prozent-Ziel“ bei Verteidigungsausgaben halten würde. Stattdessen würdigte der Bundespräsident nur das von der Regierung konzipierte 200-Milliarden-Euro-Konjunkturlieferungspaket, das in einigen EU-Ländern als eindeutiger deutscher „Alleingang“ wahrgenommen wird.

Man mag zu obigen Überlegungen anmerken, dass Steinmeier eine bestimmte Zielgruppe anspricht, nämlich seine Mitbürger, und deshalb der Analyse außenpolitischer Entscheidungen nicht so viel Aufmerksamkeit widmen konnte. Wie der Bundespräsident selbst jedoch feststellte, ist die Situation, die Deutschland jetzt erlebt, größtenteils durch den Krieg geprägt. Wir haben es also mit einem außenpolitischen Faktor zu tun, der einen großen Einfluss auf die innenpolitische Lage und relevante sektorale Politiken in Deutschland und letztlich auch auf die Stimmung und Debatten in der Öffentlichkeit hat. Daher ist es unmöglich, diese Situation ohne konkrete und belastbare Überlegungen zu außenpolitischen Fragen zu erklären. Und ohne diese Erklärungen ist es unmöglich, effektiv an der Schaffung einer „widerstandskräftigen Gesellschaft“ zu arbeiten, wie der Bundespräsident sie anstrebt. Offenbar vermied Steinmeier es also trotz seiner Erfahrung auf dem Gebiet der Außenpolitik ganz bewusst, sich mit konkreten Reflexionen zu den betreffenden Themen beschäftigen. Wie richtig diese Entscheidung war, wird die Zeit zeigen.

Illustration: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/e/e1/Frank-Walter_Steinmeier_in_Ukraine_-_2018_%28cropped%29.jpg